

I. Anmeldung

TOP: 4.0

Kommission für Integration

Sitzungsdatum 25.06.2015

öffentlich

Betreff:

Kommunales Wahlrecht für Alle

Anlagen:

Beschluss des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung vom 23.09.2014

Stellungnahme RA vom 13.01.2015

Vertagungsbeschluss Kommission für Integration vom 19.03.2015

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
RWA	29.10.2008	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stadtrat	18.12.2013	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Der Integrationsrat hat mit Beschluss vom 23. September 2014 den Stadtrat gebeten, einen neuerlichen Grundsatzbeschluss zum kommunalen Wahlrecht zu verabschieden und "Herrn Oberbürgermeister in seiner Funktion als Vorsitzenden des Deutschen Städtetages sowie des Bayerischen Städtetags zu bitten, entsprechende politische Schritte einzuleiten, damit das Kommunale Wahlrecht für alle Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens 5 Jahren hier leben, eingeführt wird". In der beiliegenden Stellungnahme von RA sind die rechtlichen Fragestellungen in diesem Zusammenhang eingehend gewürdigt. Darin wird auch auf den Stadtratsbeschluss vom 18. Dezember 2013 zu diesem Thema Bezug genommen. Seitens der Verwaltung wird kein Empfehlungsvorschlag für die Kommission vorgelegt. Im Gutachten von RA (Seite 5, letzter Absatz) ist aber für den Fall, dass seitens des Stadtrats eine Beschlussfassung gewünscht wird, ein entsprechender Formulierungsvorschlag enthalten. Der Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung der Kommission für Integration am 19.03.2015 in die nächste Sitzung vertagt.

Beschluss-/Gutachtensvorschlag:

entfällt, da Bericht

1a. Finanzielle Auswirkungen:

<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Noch offen, weil
<input type="checkbox"/> Ja	

Kosten:

noch nicht bezifferbar

Gesamtkosten	€	Folgekosten pro Jahr	davon pro Jahr	
davon investiv	€	<input type="checkbox"/> begrenzter Zeitraum	Sachkosten	€
davon konsumtiv	€	<input type="checkbox"/> dauerhaft	Personalkosten	€

1b. Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen sind bereitgestellt:

- Nein** Abstimmung mit Stk (siehe Punkt 4) erforderlich
 Ja Betrag: € Profitcenter / Investitionsauftrag:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein**
 Ja im Umfang von Vollkraftstellen (weiter bei 2b)

2b. Deckung vorhanden:

- Nein** Abstimmung mit OrgA (siehe Punkt 4) erforderlich
 Ja Stellen-Nr.

3a. Prüfung der Genderrelevanz durchgeführt:

- Nein**
 Ja

3b. Geschlechterrelevante Auswirkungen:

- Nein**
 Ja:

4. Abstimmung ist erfolgt mit:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Ref. I / OrgA | <input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag akzeptiert |
| | <input type="checkbox"/> keine Stellendeckung vorhanden |
| | <input type="checkbox"/> Einbringung in das Stellenschaffungsverfahren |
| <input type="checkbox"/> Ref. II / Stk | <input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag akzeptiert |
| | <input type="checkbox"/> keine Haushaltsmittel vorhanden |
| | <input type="checkbox"/> Ein Finanzierungsvorschlag ist noch zu erarbeiten |
| <input checked="" type="checkbox"/> RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen) | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Koordinierungsgruppe Integration | |
| <input type="checkbox"/> | |
| <input type="checkbox"/> | |

II. Herrn OBM

III. OBM / StA

Nürnberg, 28.05.2015